

Deutschland - eine Modellinsel des Club of Rome?

Mit den Ereignissen in Fukushima wurde deutlich, daß die Bundesrepublik sich grundlegend anders verhält als der Rest der Welt. Die Berichterstattung erschöpfte sich in gleichgeschalteter Panikmachern, und innerhalb weniger Tage folgten die größeren Parteien diesem Verhaltensmuster, schalteten sich ebenfalls gleich und umgehend den Verstand ab. Geht man den Dingen etwas auf den Grund, kommt man zu dem Schluß, daß diesem Phänomen weniger Angst als vielmehr ideologische Vernebelung innewohnt, wofür es schon vorher jede Menge Signale gegeben hat.

Wir wollen hier auf drei Ereignisse eingehen, die einen anschaulichen Eindruck über die Wurzeln dieser Irrationalität und deren Ursprung vermitteln:

1. Das Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung vom 28. September 2010.
2. Die Einberufung einer Enquete-Kommission zum Thema „Wohlstand ohne Wachstum“
3. WBGU-Papier: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation.

Das Energiekonzept

Das sogenannte Energiekonzept der Bundesregierung kann man nicht wirklich beurteilen, wenn man sich nicht vorher überlegt, welchen Weg wir gegangen wären, hätte es nicht die gefährliche Wiederbelebung der malthusianischen Ideologie von den Grenzen des Wachstums gegeben. Längst würden wir viel weniger Kohle, Öl und Gas verwenden, wir hätten stattdessen moderne Formen der Kerntechnologie und wären auch viel weiter in der Entwicklung der Kernfusion.

Das Energiekonzept der Bundesregierung ist deswegen so verwerflich, weil es den Rückschritt erzwingen will. Weil es uns darauf festlegt, einen industriellen Schrumpungsprozeß einzuleiten, dessen Folgen nicht nur uns schaden, sondern auch dem Rest der Welt. Das im September 2010 vorgelegte Konzept bedeutet sowohl den Ausstieg aus der Kernenergie als auch den Ausstieg aus Kraftwerken, die auf der Basis fossiler Energieträger Strom erzeugen. Das Schlagwort des ganzen Programms ist „Entkarbonisierung der Wirtschaft“ unter dem Vorwand einer zu diesem Zweck erfundenen, angeblich vom Menschen gemachten Klimakatastrophe.

Es heißt: „Entsprechend der Koalitionsvereinbarung sollen die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% und entsprechend der Zielformulierung der Industriestaaten bis 2050 um mindestens 80% - jeweils gegenüber 1990 - reduziert werden. Dies bedeutet folgenden Entwicklungspfad bei der Minderung der Treibhausgasemission bis 2050: minus 55% bis 2030, minus 70% bis 2040, minus 80-95 % bis 2050.“

Von vornherein bedeutet das einen Angriff auf unser gesamtes Wirtschaftsleben, denn die ganz normale gesellschaftliche Tätigkeit erzeugt ständig und überall CO₂, z.B. wo immer wir es mit Heizung oder Kühlung zu tun haben, wo immer wir Verkehrsmittel benutzen und natürlich wo immer irgendetwas produziert wird. Die Bundesregierung wünscht, daß wir für all das in Zukunft *weder* die effektive Kerntechnologie benutzen *noch* fossile Energieträger wie Kohle oder Gas.

Bundesgeschäftsstelle: 06131-237384 Berlin: 030-8023405
BW: 0711-6773726 HS: 0611-7169744 NRW: 0201-3619753
Niedersachsen: 0176-63291447 Bayern: 089-7254011
Hamburg: 040-18200658 Sachsen: 0351-4278140

www.bueso.de

Wie dieses Energiekonzept es vorschreibt, soll unser Wirtschaftsleben ab 2050 zu 80% mit sogenannten alternativen Energiequellen funktionieren, die weder rund um die Uhr zur Verfügung stehen noch ertragreich sind. Auf die damit verbundenen ungelösten Fragen soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, aber eins steht fest: Fachleute, die sich mit Energiefragen auskennen, haben zur Genüge nachgewiesen, daß der sagenhafte Aufwand für dieses Unternehmen in keinem auch nur annähernd vernünftigen Verhältnis zum Ertrag steht. Damit ist klar, daß die Elektrizität in Deutschland so gigantisch teuer wird, daß die produzierende Industrie abziehen wird. Prof. Ameling von Thyssen-Krupp hat ausgerechnet, daß die Stahlindustrie unter diesen Umständen 2050 nur noch ein Viertel (!) von dem sein wird, was sie heute ist. Nicht viel anders wird es mit anderen energieintensiven Industrien aussehen, als da sind: Glas, Keramik, Papier, Metallherzeugung, Chemie, Holzgewerbe und mehr.

In dem Programm unter der Überschrift „Schlüsselfrage Energieeffizienz“ gewinnt man die erstaunliche Erkenntnis, daß der Bundesregierung diese Verteuerung willkommen ist. Da heißt es: „Steigende Energiepreise sind für die Verbraucher ein wichtiger Anreiz, um Energie einzusparen und effizienter zu nutzen.“ Gleich auf der nächsten Seite kommt eine weitere erstaunliche Erkenntnis hinzu, daß nämlich schon längst nennenswerte Stromimporte (bis 30%) eingeplant sind.

Wem nützt das?

Angesichts dieser Sachlage kommt man nicht umhin, ein paar Fragen zu stellen: Was ist die Absicht? Wer will den Abbau der Industrie? Wer oder was denkt sich so was aus? Woher kommt dieser Irrsinn, der seit zehn Jahren in bestimmten Chefetagen diskutiert wurde?

Die ewig zitierten Sachverständigen, die hier am Werk waren, wurden natürlich nicht unter den Energiefachleuten des Ingenieurwesens gesucht, sondern ganz woanders: Es sind die Brotgelehrten der internationalen Investor-Interessen, beauftragt von der Europäischen Kommission. Im Oktober 2009 entschied selbige, die CO₂-Emissionen der entwickelten europäischen Staaten (bezogen auf 1990) bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95% zu senken. Das Programm wurde von der European Climate Foundation besorgt und finanziert, bekam den Namen „Roadmap 2050“ und wurde in seinen wesentlichen Zügen von der Bundesregierung wie verlangt, unkritisch übernommen. Im Text heißt es ausdrücklich: „Die European Climate Foundation ist der alleinige Autor des Reports Roadmap 2050, ist alleine verantwortlich für seinen Inhalt und wird über den Inhalt wachen“ („will act as a guardian of the content“) !!!!

Nach eigenen Angaben wird die European Climate Foundation von Stiftungen getragen, die mit zum Teil berüchtigten Hedgefonds verbunden sind. Die Gelder der ECF stammen aus sechs großen Stiftungen von Hedgefonds und Superreichen, wie der Londoner Children Investment Fund Foundation (CIFF). Diese Stiftung wird vom britischen aggressiven Hedgefonds The Children Investment's Fund (TCI) finanziert.

Das erschütternde daran ist nicht, daß irgendwelche internationalen Fonds-Stiftungen Studien erstellen, sondern, daß die EU verlangt, diesen Studien Folge zu leisten, und daß die Bundesregierung sich sogar noch als Vorreiter versteht, was deren Umsetzung betrifft. Es ist also in keinsten Weise übertrieben zu behaupten, daß die Politik in diesem Land, noch dazu die alles entscheidende Energiepolitik, von Investoren gemacht wird, deren Sitz noch nicht einmal

in Brüssel, sondern in London oder auf den Bahamas oder sonst wo ist.

Enquete-Kommission gegen Wachstum

Sind die Weichen erst einmal gestellt, folgt dem ersten Schritt in Richtung Abgrund auch schon der nächste. Im November 2010 stellten die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Linken den Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft.“

Aber hier geht es nicht um Wachstum und auch nicht um die Soziale Marktwirtschaft, sondern um das genaue Gegenteil. Von Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und auf dem Arbeitsmarkt ist die Rede, von beunruhigender Verschuldung und wachsender sozialer Ungleichheit. Statt zu debattieren, wie man diesen Trend ändern kann, soll sich die Kommission gerade mit dem Gegenteil befassen: Wie kann man der Bevölkerung beibringen, bei der zu erwartenden nationalen und internationalen Zuspitzung auf Wachstum zu verzichten und sich schon mal auf die Verknappung einzurichten, die uns mit dem verordneten Energiekonzept ins Haus steht? Wohlstand ohne Wachstum ist auf einmal die Devise, und was sich schon länger anbahnte, ist zur Gewißheit geworden: Das C in der CDU steht jetzt für Capital.

Wem in der Welt soll es nützen, wenn Deutschland seine beste Tradition aufgibt? Waren wir nicht einst das Land der Ingenieure und auch das Land der Dichter und Denker? Schließlich wußten wir einmal, daß der Mensch sich von den Kühen durch die Erfindungsgabe unterscheidet, daß wir damit die Grenzen des Wachstums überwinden und neue Freiheitsgrade schaffen können. Die Ideologie von den Grenzen des Wachstums zu akzeptieren, heißt auch, die Bestialität des Club of Rome zu vollziehen, nämlich Milliarden von Menschen das Recht auf Leben zu nehmen.

Die große Transformation

Es war zu erwarten, daß dieselben Leute, die sich das irrwitzige Energiekonzept ausdachten, schon genau wußten, daß die Durchsetzung auf freiwilliger Basis nicht machbar wäre. Der sogenannte „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) verfaßte deshalb ein Traktat mit der Überschrift „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“, welches nichts weniger beinhaltet als Empfehlungen für die Errichtung einer weltweiten Ökodiktatur unter dem Vorwand einer zu diesem Zweck erfundenen, vom Menschen gemachten Klimakatastrophe.

Auch hier muß man sich in erster Linie fragen, wieso die Ministerin Dr. Annette Schavan jetzt auf ihrer Homepage dieses Öko-Traktat anpreist, das mit maoistischen Phantasien einer Welt-diktatur durchaus zu vergleichen ist. Man muß sich fragen, ob Bundestagsabgeordnete und Minister sich diese Schriftstücke überhaupt durchlesen, und wenn ja, ob sie die Folgen abschätzen können. Gleich auf Seite 3 heißt es: „Die notwendige Dekarbonisierung der Energiesysteme

bedeutet einen hohen Handlungsdruck nicht nur in Industrieländern, sondern auch in dynamisch wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländern. Auch arme Entwicklungsländer müssen mittelfristig auf einen emissionsarmen Entwicklungspfad einschwenken. Das Zeitalter des auf Nutzung fossiler Energieträger basierenden Wirtschaftswachstums muß beendet werden.“

Wo die Ideologie herrscht, braucht man die Diktatur. In dem Papier fordern sie erst den gestaltenden Staat, ein paar Seiten weiter den starken Staat, dann den starken Ökostaat.

Zitat: „Der WBGU empfiehlt, diese Ziele auf vier miteinander zusammenhängenden Ebenen zu verfolgen: materiell-rechtlich durch Festlegung von Klimaschutzziele in einem Klimaschutzgesetz, verfassungsrechtlich durch eine entsprechende Staatszielbestimmung Klimaschutz, prozedural durch erweiterte Informations-, Beteiligungs- und Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürger und Nichtregierungsorganisationen und institutionell durch ein Klimapolitisches Mainstreaming der Staatsorganisation (etwa durch Bildung eines Umwelt-, Klima- und Energieministeriums).“ Gleiches wird dann für die EU-Ebene und bis zum Weltsicherheitsrat gefordert, kurz und knapp: für eine Weltregierung.

Die sogenannten wissenschaftlichen Berater machen gar keinen Hehl daraus, daß das Ziel der Dekarbonisierung am allerbesten durch den größten Schwindel aller Zeiten erreicht werden kann, nämlich den angestrebten CO₂-Handel.

Zitat: „Nach Auffassung des WBGU ist die Bepreisung von CO₂ die wichtigste politische Maßnahme für die Dekarbonisierung und notwendiger Bestandteil eines regulatorischen Rahmens für die Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft. Dabei muß der CO₂-Preis hinreichend hoch sein, um die erforderliche transformative Wirkung auszuüben, d.h. er muß ein Mehrfaches über dem jetzigen Preisniveau des europäischen Emissionshandels liegen.“

Das läuft darauf hinaus, daß der oben genannte regulatorische Rahmen den gesamten Produktionsprozeß derart verteuert, daß er sich von selbst stranguliert. Was dagegen wachsen soll, ist die Finanzwirtschaft, das Spielcasino mit seinen Wettgeschäften, dessen Herren von einer Welt träumen, die es nicht geben wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Vorreiterrolle beim Erneuerbare-Energien-Gesetz einzusetzen und die Bedeutung der von der Deutschen Bank ausgearbeiteten Mechanismen zur Absicherung der Investoren bei allen internationalen Konferenzen zu betonen.

Diese Politik, der die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien ganz offensichtlich zu folgen bereit sind, ist Ökofaschismus im Dienst des imperialen Club of Rome und seiner britisch kontrollierten Bankenlobby. Dieser Tage wird viel geredet über Schuldenberge und die kommenden Generationen. Schulden sind wahrlich nicht das größte Problem. Wollen wir unseren Kindern etwa schon wieder politisches Versagen und ein von Nullwachstum zerstörtes Land hinterlassen?

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität - Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

- Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen:
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Name, Vorname: _____ PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____ Telefon: _____

Datum, Unterschrift: _____ E-mail: _____